

1. Wie soll nach Ihrer Ansicht mehr Barrierefreiheit im ÖPNV, bei Behörden, auf Straßen und Gehwegen, bei Geschäften und Restaurants sowie bei Wohnungen erreicht werden?

CSU

Barrierefreiheit macht allen Menschen das Leben leichter – egal ob jung oder alt, mit oder ohne Behinderung. Mit dem Programm „Bayern barrierefrei“ trägt die CSU-geführte Bayerische Staatsregierung dazu bei, Bayern im gesamten öffentlichen Raum sowie dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) barrierefrei zu machen. Das ist eine Daueraufgabe. Wir gehen diesen Weg deshalb kontinuierlich weiter und werden die Menschen bei Mobilität und Digitalisierung noch stärker unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass der ÖPNV in der Stadt wie auf dem Land bedarfsgerecht und barrierefrei ausgebaut wird. Wir wollen Ortskerne und Innenstädte lebendig halten und dabei mehr Menschen teilhaben lassen. Dafür muss Barrierefreiheit noch vordringlicher als bisher in allen Planungen bedacht werden.

GRÜNE

Das Programm „Bayern barrierefrei“ wollen wir zu einem Aktionsplan für Barrierefreiheit weiterentwickeln und dafür mehr Geld zur Verfügung stellen. Wir gründen eine Landesfachstelle für Barrierefreiheit und machen außerdem die bayerische Verwaltung zum Vorbild in barrierefreier Kommunikation – Leichte Sprache soll dort zum Standard werden. Mit einem Barrierefreiheitsgesetz für Bayern schaffen wir außerdem endlich verbindliche Vorgaben für Barrierefreiheit im öffentlichen Raum – in Bayerns Behörden und Verwaltungen, Schulen, Hochschulen etc.

Freie Wähler

Als FREIE WÄHLER haben wir uns für einen Aus- und Umbau bestehender ÖPNV-Strukturen stark gemacht. Diesen Weg werden wir auch in Zukunft gehen. Problematisch ist in der Praxis, dass insbesondere im Bereich des schienengebundenen ÖPNV die Deutsche Bahn maßgeblich an der Durchführung entsprechender Maßnahmen beteiligt ist – handelt es sich doch zumeist um deren Infrastruktur bzw. bundeseigene Infrastruktur, welche durch die Bahn betrieben wird. Wir setzen uns dafür ein, dass von den zuständigen Landes- und Bundesministerien taugliche Konzepte erarbeitet werden und attraktive Fördermaßnahmen für die entsprechenden Bayerischen Aufgabenträger aufgelegt werden. Wir wissen, wie essentiell der ÖPNV gerade im ländlichen Raum ist und welche fatale Wirkung die Sparstrategien der letzten Jahre auf die bestehende Infrastruktur hatten. Um Maßnahmen zur Barrierefreiheit in Bayern weiter zu stärken, setzen wir uns als FREIE WÄHLER für die Installation einer „Bayerischen Netzwerkstelle Barrierefreiheit“ – als Anlaufstelle und Dachstruktur zur Vermittlung spezieller Beratung für alle Menschen die auf Barrierefreiheit angewiesen sind – ein. Mit Blick auf soziale Teilhabe ist Barrierefreiheit für uns die Ein-

gangstür ins Leben, die allen Bürgerinnen und Bürgern gleichberechtigt zur Verfügung stehen muss. Das Hauptaugenmerk muss daher darauf liegen, Teilhabemöglichkeiten in Bildung, öffentlichen Gebäuden, im privaten Bereich sowie in allen weiteren Lebensräumen zu schaffen. Eine starke zentrale Anlaufstelle in Form einer „Bayerischen Netzwerkstelle Barrierefreiheit“ gibt aus unserer Sicht die Möglichkeit, die Bedarfe aller Formen von Behinderung unter einem Dach abzudecken und den Weg zu einem barrierefreien Bayern erfolgreich weiterzugehen.

AfD

s. **INKLUSION SCHULE** (AfD war für die Landtagswahl Bayern nicht bei WPS angemeldet)

SPD

Wir als BayernSPD wollen ein barrierefreies und inklusives Bayern. Daher fordern wir die Staatsregierung auf, endlich konkrete und nachprüfbar Ziele zu benennen und Pläne für die Umsetzung zu entwerfen. Wir wollen die Kommunen bei der Realisierung der Barrierefreiheit finanziell und durch Beratungsangebote unterstützen. Damit die Umsetzung von Barrierefreiheit endlich vorangeht, wollen wir in Bayern ein Sonderinvestitionsprogramm Barrierefreiheit auf den Weg bringen.

FDP

Barrierefreiheit ist ein Fundament für die Teilhabe aller Menschen, denn von barrierefreien Zugängen profitieren nicht nur Menschen mit Behinderung. Umso fataler ist es, dass sich das vollmundige Versprechen der Bayerischen Staatsregierung "Bayern Barrierefrei 2023" als Luftblase entpuppt hat. Noch immer ist die Hälfte aller Bahnhöfe in Bayern nicht barrierefrei, die Staatsregierung wird vom Obersten Rechnungshof gerügt, weil sie zu wenig für Barrierefreiheit bei Kultureinrichtungen tut und die digitale Barrierefreiheit wird total stiefmütterlich behandelt. Barrierefreiheit beinhaltet viele Aspekte. Das kann von baulichen Gegebenheiten über Leichte Sprache bis hin zu barrierefreier IT reichen. All diese Aspekte müssen bei einer Strategie für mehr Barrierefreiheit mitbedacht werden. *(Wir setzen uns daher für folgende Maßnahmen ein: 1.- 9. sowie weitere Ausführungen)*

LINKE

Wir setzen uns dafür ein, die Barrierefreiheit im öffentlichen Nahverkehr, bei Behörden, auf Straßen und Gehwegen, in Geschäften und Restaurants sowie bei Wohnungen deutlich zu verbessern. Konkrete Maßnahmen umfassen den Ausbau von barrierefreien Haltestellen, den Abbau von baulichen Hindernissen in öffentlichen Einrichtungen, die Förderung von barrierefreien Umbauten im Geschäfts- und Wohnbereich sowie die Implementierung von barrierefreien Infrastrukturen in Städten und Gemeinden.

ÖDP

Menschen mit Behinderung ist die volle Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Dass es die Staatsregierung in der vergangenen Legislaturperiode nicht einmal ansatzweise geschafft hat, die eigenen Versprechungen („Bayern barrierefrei bis 2023“) umzusetzen, ist eines der großen Defizite der letzten fünf Jahre. Ein barrierefreier Zugang zu öffentlichen Einrichtungen, Freizeit- und Kulturangeboten sowie zu allen Verkehrsmitteln des ÖPNV muss selbstverständlich sein. Wir fordern zudem, den unbeschränkten Zugang zu Information im öffentlichen Raum weiter auszubauen, etwa durch Verdolmetschung in Gebärdensprache für Gehörlose oder entsprechende lautsprachliche Angebote für Blinde. Die Barrierefreiheit von digitalen Angeboten öffentlicher Stellen ist weiter voranzutreiben. Angesichts der technologischen Weiterentwicklung und wachsender Anforderungen ist gerade dieser Bereich gezielt zu fördern und seitens des Staates entsprechende Kompetenz aufzubauen. Laut bayerischer Bauordnung müssen in Gebäuden mit mehr als zwei Wohnungen die Wohnungen eines Geschosses barrierefrei sein. Diese Regelung muss konsequent umgesetzt werden. Zur Teilhabe am öffentlichen Leben braucht es den Ausbau der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum (nicht nur bei Straßen und Wegen, sondern auch bei Zugängen zu Gebäuden). Auch für Menschen, die von Allergien und Chemikalien- und/oder Elektrosensibilität betroffen sind, gilt der Grundsatz der Barrierefreiheit: In Schulen, Krankenhäusern, Seniorenheimen und ähnlichen Einrichtungen ist eine Mindestzahl von Räumen besonders arm an Schadstoffen und Elektrosmog zu gestalten. Um die Wahrnehmung des Problems bei den Entscheidern auf allen politischen Ebenen zu schärfen, sollte jedes Jahr eine „Woche für die Barrierefreiheit“ eingeführt werden.

Die Antworten an die ARGE (www.arge-bamberg.de) kamen von diesen Personen im September 2023:

CSU

Björn Reich, Bereichsleiter und Referent für Klima und Umwelt, CSU-Landesleitung, München

GRÜNE

Réka Lörincz, Referentin, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Bayern, München

Freie Wähler

Team Pressestelle, FREIE WÄHLER Bayern, München

SPD

Vincent Hogenkamp, Grundsatzreferent, Landesverband der BayernSPD, München

FDP

Frederic Schneider, FDP Bayern, München

LINKE

Sarah Eichberg, Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands DIE LINKE., Ingolstadt

ÖDP

Raphael Mankau, politischer Referent, ÖDP-Landesgeschäftsstelle Passau